

## **Presseartikel vom 04.11.05 – Freie Presse**

Radwege zum Bergbau – Zwickau kämpft noch immer gegen Abbauschäden

Von Mario Ulbrich

In seiner Freizeit tritt Zwickaus Oberbürgermeister Dietmar Vettermann (CDU) gerne in die Pedale. Außerdem ist Vettermann Bergbau-Fan. Da war es kein Wunder, dass er gestern am Rande der 5. Bergbaukonferenz im Alten Gasometer mit sichtbarer Begeisterung von einer Idee sprach, die in den kommenden Jahren verwirklicht werden soll: Entlang der Dämme alter Bergbau-Eisenbahnen sollen Radwege entstehen. Sie sollen die Zeitzeugen des Steinkohlebergbaus miteinander verbinden: Schachtgebäude, Türme, Halden. Nächste Woche befasst sich der Bauausschuss des Stadtparlaments erstmals mit diesem Vorhaben.

Die gestrige Konferenz sollte die Zusammenarbeit der vom Bergbau beeinträchtigten Orte im ehemaligen Steinkohlerevier Oelsnitz-Lugau-Zwickau vertiefen. Diese Zusammenarbeit hat Mitte der 1990er Jahre begonnen, und noch immer geht es darum, im Vergleich mit anderen Bergbauregionen nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Ob Uran- oder Braunkohlebergbau: Deren Hinterlassenschaften werden mit Unterstützung des Bundes beseitigt, beispielsweise durch die Wismut. Da der Steinkohlenbergbau zur Zeit der Wende längst beendet war, gibt es für seine Folgeschäden keine geregelte Sanierung. Vettermann: „Wir müssen gegenüber dem Land Sachsen und der Bundesregierung immer wieder deutlich machen, dass wir vor Ort Probleme haben, die vor Ort nicht gelöst werden können.“ Eines davon sind die steigenden Grubenwasser. Würden sie nicht durch das Abwasserpumpenwerk Krebsgraben in die Kanalisation geleitet, stünden Teile der Innenstadt unter Wasser. Das Abpumpen kostet die Wasserwerke Zwickau jährlich rund 1,5 Millionen Euro – Kosten, an denen sich der Freistaat beteiligen muss. Martin Herrmann, Abteilungsleiter im Oberbergamt Freiberg, stellte gestern in Aussicht, man wolle sich darum kümmern, das Gruben- und Abwasser künftig getrennt abfließen. Für die Pumpstation, welche die Überflutung der Bockwaer Senke verhindert, gibt der Freistaat jährlich bereits rund 100.000 Euro aus.